

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provozieren!
Man will schießen. Die Reaktion braucht Kravalle, um das Spiel zu gewinnen.

An die sozialdemokratischen Reichstagswähler. Parteigenossen!

Wie Euch bekannt ist, finden die Reichstagswahlen am 30. Juli statt. Zur Wahlagitatio n verbleibt uns daher nur eine kurze Frist. Je kürzer nun die Frist, um so lebhafter und energischer müssen diesmal die Anstrengungen sein, welche auf die Förderung der Sache des arbeitenden Volkes, die eins ist mit der Sache der Sozialdemokratie, gerichtet sind.

Warum der Reichstag aufgelöst worden ist — Ihr wißt es. Die Regierung will einen Reichstag zur Niederwerfung der Sozialdemokratie, zur Schaffung von Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterbewegung, zur Bewilligung neuer und hoher Steuern, zur bedingungslosen Erneuerung des in zwei Jahren ablaufenden eiserernen Militäretats, zur Verschärfung der Vereins- und Versammlungsgesetze und des Preßgesetzes, überhaupt zur Stärkung der Reaction, zur Vernichtung des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Dieses Vorgehen suchen unsere Feinde dadurch zu rechtfertigen, daß sie die deutsche Sozialdemokratie für die von zwei wahnwitzigen Menschen an dem 81jährigen deutschen Kaiser verübten Attentate verantwortlich machen — die deutsche Sozialdemokratie, welche grundsätzlich jeden Mord verabscheut und erwiefermaßen mit den beiden Verbrechern nichts gemein hat.

Den Attentaten auf den Kaiser soll eine Reihe von Attentaten auf eine große politische Partei: auf die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands folgen.

Das Volk soll nur nach Vorchrift denken, es soll trotz des herrschenden Nothstandes Jahr für Jahr mehr Steuern zahlen, es soll ohne zu zucken die drückenden Militärlasten auf sich nehmen und schließlich alle seine politischen Rechte an diejenigen abtreten, von denen es jetzt schon auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete vollständig beherrscht wird.

Wie dieser Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie in seinen Einzelheiten geführt werden soll, darüber sind die Feinde der Sozialdemokratie zwar nicht in jedem Punkte, aber doch in der Hauptsache eins. Allerorts und von allen volksfeindlichen Parteien ist die Losung ausgegeben: Nieder mit der Sozialdemokratie, nieder mit der Arbeiterbewegung, nieder mit den Rechten des arbeitenden Volkes!

Ob Conservative, Nationalliberale oder Fortschrittler — dieser Parole stimmen sie sämmtlich zu.

Was bleibt nun zu thun? Gestützt auf das Parteiprogramm und getreu unserer alten Taktik halten wir fest an dem Grundsatz:

Einer für Alle, Alle für Einen!

Niemals mehr als gegenwärtig haben wir dies nötig. Wir erwarten von Euch, daß Ihr einmüthig, furchtlos und prinzipienfest in den Wahlkampf eintrittet — einmüthig, um zu siegen, furchtlos, um zu liegen, prinzipienfest, um zu liegen.

Und dieser Sieg bedeutet die politische und soziale Gleichberechtigung, die ökonomische Befreiung des arbeitenden Volkes.

Unsere Partei, die Partei der Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, ist noch jung, ihre Mittel sind gering. Um diese Mittel wirksam zu verwerthen, müssen wir sie auf wenige Wahlkreise concentriren. Nicht auf Hunderttausende von Stimmen kommt es bei dieser außerordentlichen Wahl an, sondern darauf, daß die Zahl der am 10. Januar 1877 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten zum mindesten erreicht wird.

Wie groß die Partei ist, das hat uns der letzte Wahlkampf gezeigt; wie widerstandsfähig die Partei in schwerer Zeit sein kann, das soll uns der 30. Juli sagen.

Die Wahlkreise, in welchen die Partei mit aller Kraft vorgehen muß, sind folgende:

- Altona. Barmen-Eberfeld. Berlin IV. und VI. Kreis. Borna-Pegau. Breslau I und II. Chemnitz. Crimmitschau. Dresden (5. d. h. d. Wahlkreis). Freiberg-Deberan. Glauchau. Gotha. Greiz. Hamburg I und II. Hanau. Kiel. Leipzig-Land. Mittweida. Nürnberg. Offenbach a. M. Ottenj. Reichenbach i. B. Reichenbach-Neurode. Solingen. Stollberg-Waldenburg i. Schl. Hschpau.

Die Sozialdemokratie aus dem Reichstage zu verdrängen, ihr die Tribüne des obersten Gesetzgebungskörpers zu verschließen — das ist das ausgesprochene Ziel aller reaktionären Parteien, das wird schamlos von ihnen erstrebt mit den niedersten Mitteln der Lüge und Verleumdung.

Um so mehr ist es Ehrensache unserer Partei, in vorbenannten Kreisen zu siegen oder doch mit großer Stimmenzahl aufzutreten.

Jeder von Euch handle darnach!

In den andern Wahlkreisen geht überall da agitatorisch vor, wo sich dies, wie in Städten und industriereichen Gegenden, ohne große Mühe und Kosten thun läßt. Zur völligen Enthaltung in der Wahlagitatio n rathen wir Euch in jenen Kreisen, wo die Agitatio n sehr erschwert ist, viel kostet und wesentliche Erfolge nicht verspricht. Mit dem Vertheilen und Abgeben von Stimmzetteln, lautend auf den Namen irgend eines bekannteren Parteigenossen, ist in solchen Kreisen genug geschehen.

In allen vorstehend nicht namentlich erwähnten Kreisen muß möglichst viel Geld gespart und für die auserwählten 30 Kreise an die Central-Kasse (zu Händen des mitunterzeichneten Geiß) eingeschickt werden.

Ohne Opfer kein Sieg!

Daß in der jetzigen Jahreszeit und angeichts der Verfolgungen, welche unsere Partei heute mehr denn je zu ertragen hat, Flugblätter zur Agitatio n meistens geeigneter sind, als Versammlungen, wollen wir schließlich nur andeuten.

Ebenso ist es wohl kaum nötig, auf das rechtzeitige Einsehen und Prüfen der Wählerlisten, welche gerade bezüglich der seit 1877 wahlberechtigt gewordenen Wähler und der Lohnarbeiter überhaupt mangelhaft ausfallen dürften, hinzuweisen. Nur diejenigen können wählen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind.

Parteigenossen! Die Zeit drängt, darum frisch ans Werk. Der 30. Juli wird ein Wendepunkt sein in der Geschichte unseres Volkes. Sorgt dafür, daß er ein Tag des Triumphs werde und nicht ein Tag der Schmach. Ermahnt die Wähler, ermahnt das ganze Volk, gegen die heranfluthende Reaction, welche zu dem wirtschaftlichen Nothstand gern noch einen traffen politischen Nothstand gesellen möchte, in geschlossenen Reihen Front zu machen. Benutzt die herrschende Aufregung im guten Sinne, den Gegnern zur Beschämung, der Sozialdemokratie zur Ehre. Genossen! Wir kennen Euerer altbewährte Opferwilligkeit — auf zur Agitatio n!

Hamburg, 20. Juni 1878.
Das Central-Wahlcomité der sozialist. Arbeiterpartei Deutschlands.

C. Derossi, Holzdam 42. A. Geiß, Rödingsmarkt 12.

Der Wahlkampf

verspricht diesmal nicht bloß sehr heiß, sondern auch sehr interessant zu werden. Es handelt sich nämlich nicht um ein Wettrennen der verschiedenen Parteien, sondern es gilt die Vernichtung zweier Parteien. Hundst der Sozialdemokratie. Ausgesprochenemmaßen ist die Auflösung des Reichstags beschlossen worden, um unsere Partei aus der Welt zu schaffen. Die Regierung hat es gesagt, die Regierungsblätter wiederholen es Tag für Tag, und die Liberalen schreien es in alle Welt hinaus. An dem guten Voratz ist also nicht zu zweifeln. Schade nur, daß der Weg zur Hölle — und zu Niederlagen — mit guten Vorsätzen gepflastert ist, und die Sozialdemokratie sich einer vortrefflichen Constitution erfreut, vermöge deren sie ihre sämmtlichen mehr oder weniger „kaputen“ Feinde zu überleben gegründete Aussicht hat.

Es wird freilich heiß hergehen bei der bevorstehenden „Hag“, indes gesunde Leuten und Parteien sind solche Motionen nur zuträglich — sie schärfen den Blick und fählen den Arm. Also: frisch auf zum fröhlichen Jagen!

Die zweite Partei, der man an den Fragen will, ist die nationalliberale. Gesagt wird's noch nicht. Aber Jedermann weiß es, und am besten die Nationalliberalen, denen, trotz der unbefangenen Miene, die sie sich zu geben suchen, die Angst aus allen Poren bringt. Das nationalliberale Lager gleicht einem Hühnerhof, über dem sich der Habicht zeigt. Der böse Habicht! Früher nannten sie ihn „Achilles“, „Percy“, auch den „Aft, auf welchem wir sitzen“. Und nun — o quao mutatio rerum! Welche Veränderung der Dinge!

Wir sprachen es unmittelbar nach der Auflösung aus, daß der Bismarck'sche Coup sich gegen die nationalliberale Partei, überhaupt gegen den Liberalismus richte, und daß die Sozialisten-hag bloß Mittel zum Zweck sei. Und wie konnte es auch anders sein? Wer Bismarck's frühere Beziehungen zum Sozialismus und zu sozialdemokratischen Führern, wer seine jetzigen Hinnegungen zum Agrarismus kennt — und das sind notorische Thatsachen —, der weiß auch, daß dieser Mann, wenn er es plötzlich für nötig hält, den Sozialismus geräuschvoll angzugreifen, dazu andere Beweggründe haben muß als basenherzige Furcht vor dem Sozialismus. Hätte er bloß das Ausnahme-gesetz durchdrücken wollen, so brauchte er den Reichstag nicht aufzulösen. Die Nationalliberalen hätten es in der Woche nach Pfingsten hauchrassend apportirt. Und die Handvoll Sozialdemokraten im Reichstag genirt den Herrn Reichszangler auch nicht so, daß wir vernünftigerweise annehmen könnten, er habe um ihrretwillen den Reichstag aufgelöst.

Rein — die Sozialdemokraten mußten bloß den Vorwand abgeben und das „rothe Wespenst“ liefern, mit Hilfe dessen der Schüler Bonaparte's einmal nach dem alten, bewährten Rezept des Meisters arbeiten wollte.

Das liebe, gute, gesellschaft- und staattretende „rothe Wespenst“, das den bankrotten Reffen des Unfels auf fast ein Menschenalter zum Diktator Frankreichs gemacht hat — warum sollte es nicht auch in Deutschland Dienste thun?

Und bis dato hat es sie vortrefflich gethan. Das deutsche Bürgerthum ist, wie weiland das französische, in ein Bitterstieber verfallen und schreit in seiner Noth nach der rettenden „Plinte, die schließt“, nach dem rettenden „Säbel, der hant“. Gute Temperatur für die Herren Staats- und Gesellschaftsretter.

Aber sehr schlechte Temperatur für die Herren Liberalen — das richtige Jagdwetter für die große „Sauhag“ auf den Liberalismus.

Die Herren Liberalen thun, als ob sie es nicht merken; sie schimpfen erschrecklich auf die Sozialdemokraten, die bei diesem Wahlkampf das Haupt-Angriffsobjekt aller ordnungs- und reichsfreundlichen Parteien sein müßten.

Und mittlerweile wird die reaktionäre Meute schon gegen die unglücklichen Nationalliberalen losgelassen, die das Vogelkrauspiel nicht mehr lang spielen können, sondern wohl oder übel Front machen müssen gegen den bösen Feind, der sie von hinten überfällt.

Front machen gegen „Achilles“, gegen „Percy“, gegen den „Aft, auf dem wir sitzen“ — daß Gott sich erbarm. Zum Theil sind sie schon ausgerissen! Die Treitschke*, Schäufle, Wehrenpennig, Gneist debutiren bereits als „Partei Knobloch-Bismarck“, und der Rest — wäre eigentlich Schweigen, wenn die Herren es nicht für nötig gehalten hätten, ein Wahlmanifest zu erlassen. Ein schönes Opus! Phrasen über die Attentate, Phrasen über die „weitverbreitete Verwirrung und Verwilderung“, Phrasen über die Sozialdemokratie, Phrasen über „die Rechte und Freiheiten, die nicht verloren gehen dürfen“, und dabei das Versprechen, der Reichsregierung zur Anebelung der Sozialdemokratie behilflich sein zu wollen! Die traurigen Politiker, sie haben nicht einmal gelernt, daß mit der Anebelung einer Partei, und wäre sie die numerisch schwächste, die „Rechte und Freiheiten“ so ipso verloren sind! Die verlegenen Entschuldigungen wegen der Abstimmung über das Lehmann-gesetz vollenden den Eindruck der Jämmerlichkeit, den dieses melancholische Testament des sterbenden Nationalliberalismus hervorbringt. Ja, „Stiefel muß sterben“, und ist er auch noch so jung, so hat er sich doch so gründlich abgelaufen und abgenutzt, daß kein Stiden mehr steckt. Mögen die Nationalliberalen noch so hartnäckig den Kopf in den Sand stecken — der reaktionäre Knäuel wird ihnen bald „in's Genid“ laufen und dann heißt's: auf Leben und Tod! Und wird bei dieser Gelegenheit der Liberalismus vielleicht noch nicht „ganz todt“ geschlagen, so wird jedenfalls die nationalliberale Partei das Wahlschlachtfeld nicht lebend verlassen. Nicht nur, daß sie unzweifelhaft nach rechts und links Sitze verlieren wird, nein — die Partei als solche wird voraussichtlich zer Sprengt, und diejenigen Mitglieder, welche nicht „Partei Knobloch-Bismarck“ sein mögen, gezwungen werden, entweder eine neue Partei zu bilden, oder sich anderen Parteibildungen anzuschließen.

Gleichzeitig mit den Nationalliberalen hat die Fortschrittspartei ihr Wahlmanifest losgelassen. Es ist womöglich noch inhaltloser als das der liberalen Concurrenzpartei. Nur die Phrasen etwas schwülstiger, etwas blumenreicher, und etwas „demokratisch“ angehaucht. Sie wollen keine Ausnahme-gesetze, die gesinnungstüchtigen Herren Fortschrittler, und sprechen doch die politische Aft aus über die Sozialdemokratie, deren Bestrebungen unvereinbar seien mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung (!) Siehe die „weiterverbreitete Verwirrung und Verwilderung“ der Herren Nationalliberalen (!), verderblich für die wirtschaftliche Entwicklung und die Freiheit des Wanzen, wie die des Einzelnen.“ Ex ungue leonem, an der Subelle erkennt man den Richter. Den Verfasser (denn das Opus ist „Collectivarbeit“) des fortschrittlichen Wahlmanifestes sei bloß Eins bemerkt: jede demokratische Partei — das ist in der Natur des Parteiwesens und der geschichtlichen Entwicklung begründet — hört auf, eine demokratische Partei zu sein in dem Moment, wo sie eine weiter gehende Partei, deshalb weil sie weiter geht, deshalb weil sie consequenter ist, zu bekämpfen anfängt, — sie wird durch ihre Opposition gegen die consequente Demokratie immer weiter nach rechts getrieben, verfällt immer mehr der Reaction.

Die Geschichte der Parteien bietet unzählige Beispiele und keine Ausnahme.

Die Fortschrittspartei kann sich ihrem Schicksal nicht entziehen. Sie mag sich sträuben wie sie will, sie steht in Opposition zur Demokratie und wird durch die unerbittliche und unwiderstehliche Logik der Thatsachen zur Reaction gedrängt.

Durch das einfache Faktum ihrer Existenz hat die Sozialdemokratie die Fortschrittspartei zu einer reaktionären Partei gestempelt. Und dafür, daß dieser „Partei der politischen Heuchelei“ die gestohlenen demokratischen Federn, mit denen sie sich behufs der Bauern- und Bürgerfängererei schmückt, ausgerupft werden, so weit sie es nicht schon sind, — dafür wollen wir schon jagen.

Die Attentäter.

Von einem Arzte.

Die beiden Attentäter Hödel und Nobiling sind, wie wiederholt in den Zeitungen zu lesen stand, geschlechtlich krank, d. h. sie leiden Beide an Syphilis. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß sie möglicher Weise in Folge dieses Leidens geirrt sind; aber die liberale Presse hat mit Hartnäckigkeit diesen Hinweis verschwiegen und es vorgezogen, auf Grund der Unthaten zweier offenbar unzurechnungsfähiger und für ihr Thun und Handeln nicht in vollem Umfange verantwortlicher Subjekte fortgesetzt ihr Hep-Hep-Geschrei gegen die Sozialdemokratie auszustößen, und — den maßgebenden Kreisen scheint dies zu passen.

Wenn unsere Gegner die ganze Welt gegen uns aufreizen und Tag für Tag gegen den oft auf uns angewandten Paragraphen des Strafgesetzbuchs verstoßen, so ist kein Staatsanwalt da. Wir dürfen aber von unserem Standpunkt aus keinen Moment außer Acht lassen, der dazu beitragen kann, die Ursachen, welche jenen Attentaten zu Grunde liegen können, aufzudecken, und so wollen wir denn auf eine Broschüre neuesten Datums verweisen, welche ein Burscheider Arzt, Dr. Brauns, über „Gehirn-Syphilis“ herausgegeben hat. Nach und Nertschid, mit ihren heißen Schwefelquellen, sind das Stalldiebstahl für eine Anzahl von syphilitischen Kranken aller Nationen, welche dort Genesung suchen. In keinem Spital der Welt ist einem Arzte ein so reichhaltiges Beobachtungsmaterial dieser Krankheit geboten, wie gerade dort. Ueber die Competenz des Dr. Brauns dürfte also kein Zweifel bestehen, besonders aber in Bezug auf die Hirnsyphilis, die man noch nicht zu lange kennt, oder von

* Der in seinen „Preussischen Jahrbüchern“ Instig für Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts plädiert.

berer Verbreitung man bis vor wenigen Jahren nicht einmal eine genügende Vorstellung hatte.

Brauns theilt die Gehirnsyphilis in solche Fälle ein, bei denen nach dem Tode im Gehirn und an den Gehirnhäuten nachweisbare Veränderungen vorhanden waren, und in solche, wo bei Lebzeiten Gehirnerweichungen vorhanden waren, während sich nach dem Tode keine Veränderungen in den gedachten Theilen entdecken ließen. Letzteres liegt an unserer zum Theil noch sehr unzulänglichen Hilfsmitteln und Beobachtungsmethoden, wie denn überhaupt die meisten Hirnfunktionen der Physiologie ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln sind. Die am häufigsten vorkommenden Störungen sind aber nach Brauns: hochgradige Depressionszustände des Gemüthes, abwechselnd mit Erregungserscheinungen bis zu vollständiger Geistesabwesenheit.

Daß dergleichen Erscheinungen schon in einer frühen Periode der Syphilis auftreten, weiß jeder Arzt; aber auch das Publikum sollte es wissen — aus den zahllosen Anzeigen, welche es täglich in den Zeitungen liest, in denen Aerzte und Quacksalber sich zur Vornahme antisiphilitischer Kuren anbieten. Fänden diese Herren nicht ihre Rechnung bei derartigen Injektionen, so würden wir dergleichen kaum zu lesen bekommen. Es gehört schon eine große Dosis geistiger Beschränktheit oder, wie gerade bei diesem Leiden, eine geistige Störung dazu, sich lieber dem Marktstreifer, als dem ohne Reklame sein Brod suchenden Arzte anzuvertrauen. Aber auch in sehr späten Perioden der Syphilis findet sich erst Gehirnsyphilis ein, nach Brauns in 4 Prozent der beobachteten Fälle nach 20 Jahren, in 25 Prozent nach 5—20 Jahren mit anderweitigen siphilitischen Erscheinungen, und in 58 Prozent sämtlicher Fälle nach 2—20 Jahren ohne anderweitige siphilitische Complicationen, lediglich durch Störung der Gehirnfunktionen sich dem Psychiater manifestirend.

Ob es unter diesen Umständen nicht angezeigt wäre, anstatt der Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie ein Gesetz einzubringen, welches der Verbreitung der Syphilis zu steuern vermag, das lassen wir dahingestellt sein. Daß die Visitationen der öffentlichen Dirnen nicht genügen, und ebenso wenig die auf dem vorjährigen Kongress propozirte Untersuchung der Fabrikmädchen überhaupt, dürfte aber Jedem klar sein. Der Verbreiter dieser gefährlichen Krankheit ist in sehr vielen Fällen auch ein gewissenloser oder sich für bereits gesund haltender Mann.

B.

Dr. W.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ist kein Staatsanwalt da? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beleidigt in offener Weise den deutschen Richterstand. Diefem großen Denunziantenblatte gegenüber braucht sich Niemand zu scheuen, die Staatsanwaltschaft, resp. den preussischen Justizminister, der erst Strafantrag stellen muß, auf die richtige Fahre zu bringen. Es heißt also in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Die nationalliberale Presse weist jetzt häufig mit einer gewissen Genugthuung darauf hin, daß die Mittel zur Wahrung der staatlichen Autorität, welche die bisherige Gesetzgebung darbietet, bei der jetzigen energischen Handhabung sich als durchaus wirksam und ausreichend erweisen. Diese Behauptung ist doch wohl ansichtslos, da vor Aller Augen liegt, daß namentlich die scharfen richterlichen Verurtheilungen der letzten Tage doch nur eine Folge theils des Druckes der öffentlichen Meinung, theils der ausnahmslos gegen die Sozialdemokratie erregten Stimmung sind. Wenn mit dem Aufhören dieses Druckes und dieser Stimmung die laxere Handhabung des Strafrechts, wie sie die meisten Gerichte bislang geübt, wieder zur Geltung kommt, so wird auch die angeblich ausreichende Wirksamkeit der gesetzlichen Mittel wieder fraglich sein. Die Stimmung, welche merkwürdigerweise gerade die nationalliberale Presse veranlaßt, die Regierung zur Verhängung des Belagerungszustandes zu vermögen, macht sich naturgemäß auch in den Richtercollegien geltend, aber auf die Dauer solcher Erregungen ist nicht zu rechnen.“

Also die scharfen richterlichen Verurtheilungen der letzten Tage sind nur eine Folge der gegen die Sozialdemokratie erregten Stimmung! So — das ist ja recht nett — die deutschen Richter haben also nicht in objektiver ruhiger Weise gewürthelt. Das wollen wir uns merken, wenn es sich der Justizminister nicht merkt, der die Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ indirekt zugiebt, wenn er keine Verleumdungsklage anstrengt.

— Der Kongress in Berlin scheint nicht so glatt zu

Gerechtigkeit!

Betrachtungen über die am 8. Juni zur Aburtheilung gelangte erste Serie der Majestätsbeleidigungen zu Berlin.

(Aus der Berliner „Volkszeitung“.)

Warum hat denn Justitia mit der Waage eigentlich die Augen verbunden? Sie will gerecht wägen ohne Ansehen der Person. Nur über die Schwere der That will sie urtheilen.

Alle gebildeten Völker der Erde bräuden in Bild und Wort denselben Gedanken aus, daß die Rechtspflege ohne Rücksicht auf Personen, ohne Leidenschaft und ohne Beeinflussung irgendwelcher Art geübt werden müsse. Auch in Deutschland hat man bisher so gedacht, aber leider bietet uns die neuere Zeit Erfahrungen, welche daran zweifeln lassen, ob diese Ansicht im deutschen Publikum noch die geltende ist? Denn wir vernahmen noch keinen Protest gegen das, was sich gegenwärtig im Forum der preussischen Justiz, namentlich der Haupt- und Residenzstadt Berlin ereignet. Dort wünscht der Justizminister, daß der Justitia die Binde von den Augen genommen werde, und die Richter sind leider gleich bereit gewesen, dieselbe dem Wunsche gemäß zu entfernen. Justitia sieht sich jetzt die Personen genau an, welche vor sie geführt werden, und wehe ihnen, wenn dieselben als Sozialdemokraten erkannt werden sollten! Dann werden Strafmaße gewählt, die gar nicht mehr im Verhältnis zu den Strafen stehen, wie sie früher gegen andere Menschenkinder erkannt wurden.

So hat die siebente Deputation des Berliner Stadtgerichts gegen sieben Personen, die wegen Majestätsbeleidigung am 8. Juni angeklagt waren, auf 22 Jahre 6 Monate Gefängniß erkannt! Darunter war ein Schneider Namens Julius Voss, der für das Singen der Worte: „Wilhelm ist tot, er lebt nicht mehr“, allein zwei und ein halbes Jahr Gefängniß bekam.

Wir brauchen uns des Weiteren wegen unserer Gesinnung nicht zu rechtfertigen. Wir haben nicht allein mit den Umsturz-Ideen der Sozialisten keine Gemeinschaft, sondern wir sind namentlich auch von aufrichtiger, wärmster Liebe zu unserem alten, edeln Kaiser erfüllt. Namentlich können wir nicht laut genug unseren Abscheu gegen das Treiben eines nichtswürdigen

verlaufen, als man erwartet hatte; indeß sind alle Berichte über die Verhandlungen mit dem größten Mißtrauen aufzunehmen; seit Nobiling den hungrigen Reporter entrißen worden ist, äben sie jetzt ihr Talent an dem Kongress.

— Ein Reptil hat die Frechheit, die von Marx in seinem bekannten Brief an die „Daily News“ gemachten Angaben für unwahr zu erklären. Wir können dem unverschämten Gesellen die Versicherung ertheilen, daß das von Marx erwähnte Schreiben Buchers noch wohl erhalten ist und jeden Moment vor Gericht produziert werden kann.

— Natürlich hat neben anderer Stieberei auch die Briefstieberei in letzter Zeit stark geblüht. Die Blätter enthalten flagrannte Beispiele. Und sie blüht noch. Was Jeder sich ad notam nehmen möge.

— Liberale Hirnkrankheit. Die „Magdeburgische Zeitung“ giebt den Wählern den Rath, und Professor Biedermann findet ihn „sehr verständig“: „Wählt Männer zu euren Abgeordneten, die bereit sind, Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu genehmigen, aber sorgt ernstlich dafür, daß es freisinnige Männer seien.“ — „Freisinnige Männer“, die Ausnahmegesetze votiren! Ehrliche Leute, die stehen! Spitzbuben, die nicht maußen!

— Der Hamburger Staat appellirt ernstlich und gewissenhaft „an das Gewissen der Nation“. Derselbe hat der sozialdemokratischen Partei auf Befragen ausdrücklich das Abhalten von Versammlungen zu den bevorstehenden Wahlen gestattet. Für die Hamburger Behörden existirt also noch das Recht und der Paragraph 17 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag.

— Das Denunziantenunwesen wird allen anständigen Leuten zum Ekel. So hat der Bürgermeister von Remscheid folgende Bekanntmachung erlassen:

„In den letzten Tagen habe ich wiederholt anonyme Zuschriften empfangen, in denen hiesige Bürger der sozialdemokratischen Umtriebe, der Beleidigung höchstehender Personen, ja sogar der Majestätsbeleidigung beschuldigt werden. Gleichgiltig, welchen Quellen diese Zuschriften entstammen, ob sie lauterer oder unlauterer Ursprungs sind, ein für alle Male erkläre ich, daß ich für anonyme Anzeigen aller Art unzugänglich bin und derartige Zuschriften lediglich dem Papierkorbe überweise.“

Bravo!

Die Dresdener liberalen Zeitungen bringen fast sämtlich folgende gleichlautende Notiz:

„Wir können nicht oft und eindringlich genug vor unüberlegten Aeußerungen warnen. Nicht allein, daß hier und auswärts eine große Anzahl öffentlich ausgesprochener Majestätsbeleidigungen zur Kenntniß der Behörde gelangt ist und selbstverständlich den Angeklagten meist mehrjährige Gefängnißstrafe zu Theil wird, mehrern sich diejenigen Fälle, in denen nur einzelnen Personen gegenüber Majestätsbeleidigungen ausgesprochen sein sollen und diese, theils unter Nennung ihres Namens, theils sogar anonym, der Polizei oder Staatsanwaltschaft Anzeige erstatteten. — So ging bei der Polizeibehörde anonym eine Denunziation ein, wonach ein hiesiger hochachtbarer und beehrter Particular — dessen Gesinnung unseres Wissens konservativ ist — in einem Kaufmannsladen sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hätte. Die erhobene Beweisaufnahme soll die Denunziation nicht bestätigt haben, dagegen ermittelte die Polizei durch einen der vernommenen Zeugen, daß eine arme Wittfrau in jenem Laden in verletzender Weise vom Kaiser gesprochen hat, wahrscheinlich wird letztere zur Anlage gebracht werden.“

Die „liberalen“ Zeitungen sind es gemein, die noch vor vierzehn Tagen es als Bürgerpflicht erklärten, jeden Menschen, der Sozialdemokrat sei, seinem Arbeitgeber, jeden Menschen, der ein lautes Wort über den Kaiser spreche, der Staatsanwaltschaft zu denunzieren.

Nun allerdings ist der furchtbaren geistigen und moralischen Betrunktheit ein ebenso furchtbarer Regenhammer bei den deutschen „Biedermännern“ gefolgt.

— Auf dem internationalen Schriftstellerkongress der jetzt in Paris tagt, hielt Viktor Hugo am 17. ds. eine Rede über alle möglichen Dinge, in der er auch über den politischen Mord sprach, von den Fürsten verlangte, daß sie das Leben der Völker, und von den Völkern, daß sie das Leben der Fürsten schonen sollten“, für Pressefreiheit plaidirte (100

Gefindels aussprechen, welches heute der gemeinteten Majestätsbeleidigungen sich erdreht. Wir wünschen seine Bestrafung und haben auch kein Mitleid mit ihm. Aber eine ernste, warme Bitte müssen wir selbst für diese Leute aussprechen: Strenge Gerechtigkeit auch für sie ohne Ansehen der Person! In der Verhängung dieser drakonischen Strafmaße, die sich offenbar von politischen Erwägungen leiten läßt, indem sie den Ausschreitungen der Sozialdemokratie dadurch steuern zu können glaubt, können wir nach unserer subjektiven Ansicht keine Gerechtigkeit mehr finden. Wir wollen unsere Gründe angeben und der Leser mag dann selbst entscheiden, ob er die drakonischen Strafmaße wegen Majestätsbeleidigung, auf welche die siebente Abtheilung des Berliner Stadtgerichts erkannt hat, noch für gerechtfertigt hält.

Der § 95 des deutschen Strafgesetzbuches bestraft die Majestätsbeleidigung mit zwei Monaten bis zu fünf Jahren Gefängniß oder Festungshaft. Dies ist maßgebend. Der Richter muß sich also auf der einen Seite den denkbar höchsten Grad des Vergehens und auf der anderen Seite den denkbar niedrigsten Grad desselben vergegenwärtigen. Selbstverständlich nur in Umrisse. Nehmen wir also den schwersten Fall da an, wo folgende Momente koncurriren:

- a) eine sehr unflätige Redensart,
- b) Aeußerung derselben in Gegenwart des Kaisers,
- c) der Verbrecher ist ein gebildeter, jedenfalls nicht verwahrloster Mensch,
- d) der Kaiser dagegen ein überaus humaner, liebenswürdiger Fürst,
- e) das Verbrechen steht nicht unter dem Einflusse politischer Erregung,
- f) die Absicht, dem Kaiser persönlich das Gefühl einer bitteren Kränkung zu bereiten.

Der leichteste Fall würde sich etwa wie folgt charakterisiren:

- a) eine leicht hingeworfene Redensart, die ohne Erörtern doch gebraucht werden kann,
- b) Aeußerung derselben an einem ziemlich obskuren Orte,
- c) der Verbrecher ist ein ganz ungebildeter, verwahrloster Mensch,
- d) der Kaiser ist ein überaus ungeliebter Monarch,

Jahr nach Voltaire!) und schließlich ein Wort für die Amnestie einlegte. „Wäge dieses Jahr 1878, so schloß er unter donnerndem Applaus, nicht zur Reize gehn, ohne daß Frankreich allen seinen verirrten (?) Kindern erbarmungslos seine Arme wieder geöffnet hat.“ Wir fürchten, die „verirrten Kinder“ sitzen in der Regierung und werden den Hugo'schen frommen Wunsch zu vereiteln wissen.

— Parteigenosse Carl Hirsch in Paris hat an die Redaktion der „Berliner Freien Presse“ folgendes Schreiben gerichtet: Werthe Parteigenossen! In der vorgestrigen Nummer der „S. Fr. Pr.“ (Nr. 136) ist die in der hiesigen „Egalité“ erschienene Adresse an den (inzwischen verbotenen) Kongress der deutschen Sozialdemokraten in einer Weise besprochen worden, welche eine Erwiderung von hier aus notwendig macht, zu der ich als deutscher Mitarbeiter der „Egalité“ zunächst berechtigt und verpflichtet bin. Die von der „S. Fr. Pr.“ wiederergebene Uebersetzung der fraglichen Ansprache ist im Wesentlichen correct, nur daß im dritten Satz anstatt des Druckfehlers: „den Verbindungen (der vereinigten Reaktionen)“ zu lesen ist: „den Gewaltthätigkeiten und Verleumdungen“. Ich suche jedoch vergebens nach dem Motiv, das Sie bestimmen konnte, die Sympathieerklärung, welche dem Gothaer Kongress zugebach war, die Bruderhand, die das Organ der französischen Sozialdemokratie den versammelten Vertretern der deutschen Partei anbot, Ihrerseits nicht bloß schroff zurückzuweisen, sondern auch noch eine häßliche Verdächtigung daran zu knüpfen, mit der man selbst gegen Feinde, also gewiß nicht weniger gegen seine eigenen Verbündeten vorfichtig sein soll. Die „Egalité“ ist Eigenthum einer größeren Zahl von Sozialdemokraten, meistens Lohnarbeitern, die fast sämtlich 1871, theilweise sogar schon früher, die deutlichsten Proben ihrer Hingebung für unsere Sache abgelegt haben, Männer, die auf den Pontons herumgeschleppt worden sind, Jahrelang in den Gefängnissen geschmachtet haben, einstige Förderer, Söhne von Förderern, mit Karben Bedeckte und sogar im Kampfe Verwundete, deren Tapferkeit selbst Versailles Siegern Achtung abgezwungen hatte. Gleiches gilt von den Redakteuren der „Egalité“, die sämtlich von den Aktionären ernannt sind, und die ich sämtlich mit Stolz meine Freunde nenne. Sie haben das große Verdienst, zuerst gegen die chauvinistischen Hegeorien der französischen Bourgeoisie und gegen das intransigente Praesentium Front gemacht, eine Agitation im Sinne des modernen, wissenschaftlichen, des politischen Sozialismus hervorgerufen, die Trümmer der zersprengten Sozialdemokratie wieder um die Fahne gesammelt und so den Grundstein zu einer französischen Arbeitspartei gelegt zu haben. Die Selbsterläugnung und Energie, die sie bei diesem schweren Werke zeigten, sowie ihr ganzes Leben, das offen vor aller Welt daliegt, ein Leben voll Kampf, Arbeit und Entbehrung, stellt diese müthigen Männer über eine Verunglimpfung, wie sie bedauerlicher Weise Eingang in Ihre Spalten gefunden hat.

Was die Ansprache betrifft, so kann ich, wie gesagt, schlechterdings nichts Verhängliches, sondern nur den Ausdruck der ehrenwerthen, wahrhaft brüderlichen Gefühle in ihr erblicken, und Sie werden sich, bei genauerer Durchslesung derselben, gewiß meiner Meinung anschließen. Nur Vertheidie kann den klaren Sinn der Worte der „Egalité“ dahin fälschen, daß das Blatt sich nicht bloß mit den angegriffenen deutschen Gesinnungsgenossen, sondern auch mit dem Mordmörder habe solidarisch erklären wollen.

Bei der gerechten Erregung, in die Sie der gegenwärtige Kampf gegen so viele gleichzeitige Angriffe versetzen mußte, ist ein momentaner Irrthum Ihrerseits nur allzu verzeihlich; Sie werden aber, ich bin dessen bei Ihrer Wahrheitsliebe überzeugt, keinen Augenblick zögern, durch den Abdruck dieser Erklärung den begangenen Irrthum wieder gut zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Paris, den 16. Juni 1878.

Carl Hirsch.

— Eine merkwürdige Staatsrettung wurde am 18. d. in Schneeberg verübt, indem 6 Mann, darunter zwei Gensdarmen mit ihren Gewehren bei dem dortigen Colporteur der „Erzgebirgischen Freien Zeitung“, Dietrich, eine Hausdurchsuchung vornahmen, um das Manuscript einer, in dem genannten Blatt erschienenen Correspondenz aus Schneeberg zu entdecken. Und was war Verbrecherisches in dem Dopus? Die elenden Verklämder, welche die Sozialdemokraten ansäflig der Attentate für Mordmörder erklärt und für die Verbrechen Lehmanns und Nobiling's verantwortlich gemacht haben, werden „ehrlose Subjekte“ genannt, was gewiß eine sehr milde Bezeichnung ist. Und mit dieser Bezeichnung hatte Herr Gärtner, Verleger eines Schneeberger Käseblättchens sich getroffen gefühlt. Darum

- a) der Verbrecher steht unter dem Einflusse bewegter Zeiten,
- b) die Absicht, dem Kaiser einen persönlichen Krger zu bereiten, liegt fern.

Hiernach hätten wir eine Höhe und eine Tiefe; da, wo das eine oder andere Moment fehlt, muß der Richter in die Mitte greifen. Je mehr gravirende Momente fehlen, resp. je mehr mildernde Momente vorhanden sind, desto niedriger muß er greifen.

Der Richter, welcher selbst in schweren Fällen nach dem Straf-Maximum greift, handelt, wenn noch mildernde Momente vorliegen, ungerecht, da es der Wille des Gesetzgebers ist, daß nur in den allerschwersten Fällen die schwersten Strafen zur Anwendung kommen sollen.

Nach unserer Ansicht hat die siebente Abtheilung des königlichen Stadtgerichts in keinem einzigen der vor ihr am 8. d. M. zur Aburtheilung gekommenen Fälle ein auch nur annähernd richtiges Strafmaß verhängt. Selbst in den Fällen Hesse und Bosten nicht. In beiden Fällen ist nämlich auf fünf Jahre Gefängniß erkannt, weil die betreffenden Redensarten bodenlos gemeiner, unflätiger Natur waren. Aber es läßt sich doch offenbar nicht leugnen, daß beiden Verbrechern folgende mildernde Umstände zur Seite standen:

- 1) Die Aeußerungen sind an ziemlich obskuren Orten gethan (ad b.).
- 2) Die Verbrecher sind ganz ungebildete, verwahrloste Menschen (ad c.).
- 3) Die Aeußerung ist nicht in Gegenwart des Kaisers gethan (ad d.).
- 4) Die Absicht, dem Kaiser persönlich das Gefühl seelischer Kränkung zuzufügen, ist nicht erwiesen.
- 5) Die strafbaren Handlungen stehen unter dem Einflusse der Verführung und Verblendung politisch bewegter Zeiten.

Unter keinen Umständen dürfte also das höchste Strafmaß von fünf Jahren Gefängniß gewählt werden, denn es giebt, wie sich an den fünf aufgezählten Momenten zeigt, Fälle von höherer Strafbarkeit, die folglich höher bestraft werden müssen, was aber unmöglich ist, wenn für niedere Fälle bereits die höchsten Maße angenommen werden.

Für Hesse und Bosten lagen bloß zwei erschwerende Straf-momente vor: 1) die Unflätigkeit der Redensarten, 2) die Immunität und Liebenswürdigkeit des Kaisers.

Hiernach wäre für jeden ein Jahr Gefängniß ausreichend

dieses Massenaufrufes! Natürlich wurde nichts gefunden. Sozialdemokraten beschimpfen ist erlaubt; weist ein Sozialdemokrat die Beschimpfung zurück, und züchtigt „ein ehrloses Subjekt“, das ihm die Ehre abzuschnitten versucht, so kommt er mit den Behörden in Konflikt. Das heißt: Gleichheit vor dem Gesetz!

— Zum Bürgerkrieg. Verschiedene Arbeitgeber erlassen bekanntlich den Uffs, daß sie alle Arbeiter, welche sozialdemokratische Zeitungen lesen, Versammlungen besuchen etc. etc. sofort entlassen würden. Wir machen die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie bei sofortiger Entlassung auf eine vierzehntägige Entschädigung klagen können und klagen müssen, um den edlen Schlotjüngern und Geldbaronen wenigstens das Gesetz etwas in die Denkerschädel zurückzurufen.

— Folgen der Denunziation. Am 18. Juni ist in Breslau ein bisher noch niemals bestrafter, keiner politischen Partei angehörender fünfundsiebzigjähriger Greis, früher Tischler, wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden!

— Vom Kriegsschauplatz. In Frankfurt a. M. ist am 17. Juni eine Versammlung aufgelöst worden, weil angeblich strafbare Aeusserungen in den Reden vorgekommen sein sollen; zwei Genossen wurden verhaftet. — In Sonneberg hat man am 14. d. M. bei einigen Parteigenossen gehäusucht und über 80 Pfund Schriften („Neue Welt“ etc. etc.) mit Beschlag belegt. — In Hamburg ist bei A. und O. Kapell gehäusucht worden. Resultat = 0. — In Meerane Volksversammlung am 18. Juni verboten. — Arbeiterfest in Langen (Großherzogthum Hessen) für den 23. Juni unterjagt. — Zwei Studenten in Berlin, J. Blumenthal und Freudenthal, werden angeklagt, einer geheimen Verbindung angehört zu haben, in Haft gehalten, weil sie Ausländer und deshalb fluchtverdächtig sind. Die höchste Strafe für das bezeichnete Verbrechen ist sechs Monate Gefängnis. — In Stuttgart ist ein Wahlflugblatt unserer Partei mit Beschlag belegt worden. — Am 19. Juni ist der Redakteur der „Berliner Freien Presse“ Schapira verhaftet worden. — In Dortmund wurden wegen Freyhergehen unsere Genossen Tölke zu sechs und Kuhl zu vier, Ostermann zu zwei Monaten verurteilt, die beiden letztgenannten befinden sich in Haft. — Wegen Majestätsbeleidigung sind in Berlin Mann und Frau, Besitzer eines Cigarrengeschäfts, verhaftet worden, und zwar auf Denunziation eines in demselben Hause wohnenden Kaufmanns, der ebenfalls mit Cigarren handelt!!!

Bernünftige gegnerische Urtheile.

Die in München erscheinende „Süddeutsche Post“ schreibt zu den bevorstehenden Reichstagswahlen: „Das deutsche Volk sieht sich gelegentlich der bevorstehenden Neuwahlen vor einen höchst bedeutenden Abschnitt seiner Geschichte gestellt. Der reaktionäre Reichstag, den sich die Regierungen wünschen, kann auf lange Jahre der deutschen Entwicklung in den wichtigsten Beziehungen den Stempel der Reaktion aufdrücken, er kann es dahin bringen, daß sich die Reichsregierung nicht mehr zu verbitten braucht, daß von Volksrechten auch nur gesprochen wird, weil es überhaupt keinen der Vertreter des Volkes mehr einfällt, an Volksrechte zu denken. Das sind schlimme Aussichten, und die Wähler hätten alle Ursache, sich zweimal zu überlegen, ob sie im Sinne des Reichstages und der Regierungen wählen sollen oder nicht. Wir fürchten aber nur, daß dies leider nicht geschehen wird, daß vielmehr der größte Theil des deutschen Volkes in eine Stimmung versetzt ist, in der ihm die nöthige Ruhe und Besonnenheit zur klaren Würdigung der Lage abhanden gekommen. Die Gefahr eines durch und durch reaktionären Reichstages, der auch ein reaktionäres Wahlgesetz votiren wird, ist größer denn je, und kann kaum mehr durch die gut gemeinten Warnungen jener Presse, die den Kopf nicht verloren und ruhig Blut behalten hat, beschworen werden. Die Reue wird freilich eines schönen Tages kommen; aber dann ist es zu spät, dann steht das deutsche Volk, das irriger Weise meinte, nur den Sozialdemokraten und ihren Ausschreitungen entgegenzutreten, durch eigene Schuld schon so tief im Sumpfe der Reaktion, daß es unendliche Mühe haben wird, wieder herauszukommen.“

Die „Berliner Autographirte Correspondenz“, das Organ Vasters, läßt sich also vernehmen:

„Diejenigen, welche in Zeiten, wie die gegenwärtigen, die Sprache der Leidenschaft im Munde führen, pflegen gerade nicht die Festesten zu sein, die auch unter Drang und Sturm an dem inneren Kern ihrer Ueberzeugung festhalten und nach reiflicher

gewesen, das Stadtgericht hat aber auf fünf Jahre erkannt. Für den Schneider Bod fiel auch die Unfähigkeit fort, es mußte daher auf zwei oder höchstens drei Monate Gefängnis erkannt werden. Das Stadtgericht hat auf 2 1/2 Jahre erkannt!

Man wird uns wahrscheinlich einwenden, daß bei solchen gelinden Strafen die Besserung des Böbels nicht erreicht werde, ja, daß bei einer solchen milden Behandlung des Strafgesetzbuches die Begehung von Verbrechen sich sogar noch mehren würde. Der Justizminister wird vielleicht, an die letzte Rede Bennigens erinnernd, darauf hinweisen, daß auch die Justiz zur Erhaltung des Rechtsbodens thätig sein müsse und alle Veranlassung habe, gegen den Umsturz alles Rechtes, wie ihn die Sozialdemokraten planten, durch eine energische Handhabung des Strafgesetzes aufzutreten.

Wir erwidern darauf Folgendes:

1) Für den Juristen sollen lediglich juristische Erwägungen maßgebend sein. Der Richter kennt oder darf in dem vor ihm erscheinenden Personal keine Sozialdemokraten, keine Demokraten oder keine Conservative kennen. Deshalb hat eben Justitia die Binde vor den Augen. Insofern in der Sozialdemokratie sich eine politische, aufgeregte Bewegung des Volkes darstellt, die verfährt und erregt, ist sie oben in den ausgezählten Milderungs-Momenten berücksichtigt. Gerade so und nicht weiter würde aber auch jede liberale oder agrarische Bewegung ihre Berücksichtigung finden müssen. Das spezifische Sozialdemokratische geht den Richter nichts an.

2) Der Richter, welcher sich von irgend welchen politischen Erwägungen bei der Rechtsprechung leiten läßt, und betrüben sie auch nur die Strafschärfung, ist kein unparteiischer Richter mehr.

3) Der Richter, welcher strenge straft, um zu bessern, vergißt einmal, daß er gar nicht dafür da ist, das Volk durch Strafen zu bessern. Er soll lediglich das durch die Strafe angebrochte Uebel der Gerechtigkeit wegen verhängen, weil die Größe der Schuld diese Sühne erfordert. Dann, aber beachtet er nicht, daß sich ein Volk durch Verhängung drakonischer Strafen überhaupt niemals bessern läßt, wie die Geschichte beweist durch die bei der Abschreckungstheorie gemachten Erfahrungen.

Prüfung den Forderungen der politischen Nothwendigkeit in Gemäßheit ihrer Ueberzeugung Erfüllung zu verschaffen suchen, sondern es sind das diejenigen, welche, wenn der Wind umspringt, leicht der gleichen Wendung unterliegen, jeder ersten Prüfung, wohin eine solche Umkehr von früher bekannten Ueberzeugungen führt, sich entschlagend. Wenn auch die Frist, welche zwischen der Auflösung des Reichstages und dem Tage der allgemeinen Neuwahlen liegt, noch so sehr abgekürzt werden und die Zeit zur Ueberlegung noch so knapp bemessen sein möchte, so darf das deutsche Volk dennoch sich nicht abdrängen lassen von einer ruhigen Prüfung zu der Zeitlage. Wir enthalten uns für jetzt, auf die Fragen, welche den neugewählten Reichstag alsbald beschäftigen werden, sachlich einzugehen, gleichviel welchen Inhalts die an denselben zu bringenden Vorlagen sein werden; es wird alles darauf ankommen, daß der neue Reichstag nicht unter Aufsicht der Leidenschaften und unter Zurückdrängung ruhiger Erwägungen zu Stande gebracht werde. Denn ganz abgesehen von den Maximen außerordentlichen Charakters, die durch die schweren Umstände der letzten Zeit geboten erscheinen möchten, wird dieser neue Reichstag, der ja für drei Jahre gewählt wird, die wichtigsten Fragen der ordentlichen Gesetzgebung zu beraten haben und vielleicht für eine lange Zukunft hinaus der politischen Entwicklung des deutschen Volkes Ziel und Richtung vorschreiben. Daran mögen vor allem diejenigen denken, welche vorerst mehr der Stimme der Leidenschaft, als Gründen der Vernunft Einfluß auf ihre Auffassung der Verhältnisse gestatten.“

Und die sozialistenfeindliche „Wiener Freie Presse“ sagt sogar in Bezug auf die gegenwärtigen Vorgänge in Deutschland:

„Es muß leider konstatiert werden, daß die Bevölkerung schon jetzt mit einem Eifer und einer Besessenheit, welche wenig Gutes verheißt, der Polizei bei der Verfolgung von Sozialdemokraten zur Hand geht.“

Die deutschen „Widermänner“ und Polizeiberater mögen sich diese „goldenen Worte“ hinter die Ohren schreiben!

Der Jankerburger „Bürger- und Bauernfreund“ schreibt zu den Folgen des Attentats:

„Wie weit geht die Niederträchtigkeit einer Presse, welche in diesen Tagen der nationalen Trauer, aus der Verbreitung von Lügen, aus der Saat aufreizender Gerüchte ein Gewerbe macht und im Dienste einer verruchten Reaktion das Verbrechen einzelner Wahnsinniger gegen das ganze Volk auszubenten bestrebt ist. — Wie anders aber sollen wir es verstehen, wenn die als offiziös angesehene „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Nr. 182 unter der Ueberschrift: „Als Zeichen der Zeit“ zwei Spalten mit Nachrichten von Majestätsbeleidigungen aus Königsberg, Posen, Schneidemühl, Krojantke, Grätz, Graudenz, Templin, Spandau, Hannover, Stettin, Warmen, Stralsburg, Bielefeld, Essen, Solingen, Düsseldorf und Berlin, mit Denunciationen der sozialistischen Presse und Complotgerüchten füllt und dann hinzufügt: „es ist möglich, daß alle diese Mittheilungen nur auf mißverständnissen, übertriebenen Gerüchten u. dgl. m. beruhen, immerhin aber muß von denselben Akt genommen werden! Und diesem widerwärtigen Beispiel folgt die ganze Reute der corrupten Wochenschrift, aus dem Mordmordkapital schlagen für die politische und religiöse Reaktion, die Parteien verhöhnd und durch Lügen und Verleumdungen Haß, Mißtrauen und Erbitterung da säend, wo jeder Volkfreund die Einigkeit aller Wohlgesinnten für unabweislich hält zur Bekämpfung verderblicher Lehren, der Ausbrüche bestialischer Leidenschaften und der Einschmuggelung wüster Reaction in alle Gebiete des kaum erhabenen Volkslebens unserer Nation! Wir fürchten dieser verbrecherischen Arbeit wird kein Staatsanwalt und kein Ausnahmegesetz entgegenreten und deshalb denunciren wir — was unseres Amtes sonst nicht ist — diese neuesten Erzeugnisse der deutschen Sold- und Sabelpresse — dem Gewissen des deutschen Volkes und der öffentlichen Verachtung.“

Auch die „Kölnische Zeitung“, die in der letzten Zeit das Delirium Tremens im höchsten Maße hatte, ist jetzt wieder besonnener geworden, indem sie eingesteht:

„Das Sozialistengesetz ist unzerstörbar nur durch die Ueberzeugung, nicht Grund der Auflösung des Reichstages!“

Correspondenzen.

Berlin, 14. Juni. Der sozialistenfeindlichen „Magdeburger Zeitung“ entnehmen wir hier einige Versammlungsberichte, welche schon ohne Commentar gelesen, unsern Berliner Parteigenossen das größte, wenn auch nicht beabsichtigte Lob zollen und auf die Berliner Polizeibehörde ein eigenthümliches Licht werfen. Das nationalliberale Blatt schreibt:

4) Der Richter, welcher durch eine drakonische Anwendung des Strafgesetzbuches die Sozialdemokratie vernichten will, wird, so fürchten wir, dem Staate schlimme Gefahren bereiten. Er wird das letzte Band zerschneiden, welches die Sozialdemokratie noch mit der reichsfreundlichen Gesellschaft verbindet: das Vertrauen, daß die vermeintlichen Bedrücker (wir reden im Sinne der Sozialdemokratie) an der Willkür durch das Gesetz verhindert würden.

Ja Offenheit, ja Ehrlichkeit! Frage sich Jeder, welcher das Jahr 1848 durchgemacht hat, ob er nicht schon schlimmere Wieder als das des Schneiders Julius Bod gefunden hat. Wenn er dafür zwei und ein halbes Jahr Gefängnis bekommen hätte, würde sein Vertrauen zur preussischen Justiz wohl für immer erschüttert worden sein!

Wir halten solche Erwägungen für segensreich und deshalb bringen wir sie.

— In Hamburg hat ein Gewerbelammersekretär Julius Schulze, dessen Reden sonst vor lauter „Christlichkeit“ und „Reichthum“ überfließen und der die Sozialdemokratie durch „Christlichen Sozialismus“ aus der Welt schaffen will, jüngst im Gewerbeverein einen Vortrag über „Wohlthätigkeit“ gehalten und sich nach dem Bericht des „Hamburgischen Correspondenten“ über die Almosen wie folgt geäußert: „Ich gebe grundsätzlich kein Almosen, denn es ist besser, daß zehn Hilfsbedürftige Noth leiden, als daß ein einziger faulenzender Strolch auf Kosten fleißiger und arbeitender Menschen gemästet wird.“ — Das ist recht charakteristisch für einen „Christlichen Mann“, wie es der Sozialistenfresser Julius Schulze sein will.

— Der Verfasser des Feniketon-Artikels „Die Bourgeoise und die Wissenschaft“ in Nr. 30 des „Vorwärts“ wird freundlichst ersucht, sich wegen Feststellung einiger Thatfachen mit der unterzeichneten Redaktion in Verbindung zu setzen. Red. des „Vorwärts“.

„Eine nach mehreren Seiten interessante Versammlung der Sozialdemokraten fand am 13. Juni statt. Trotz einer geradezu unerträglich Atmosphäre lauften die Schulter an Schulter dicht gedrängt stehenden Arbeiter mit größter Aufmerksamkeit einem anderthalbstündigen Vortrage des bekannten Agitators Finn über „die Ziele der Sozialdemokratie“. Herr Finn bemerkte hierbei: Nicht durch Attentate, nicht durch Putsch oder sonstige Gewaltakte, sondern lediglich durch die Revolution der Geister können und wollen die Sozialdemokraten ihr Ziel erreichen. Welche Fortschritte diese Revolution in Deutschland bereits gemacht, werde der 30. Juli zeigen. Es werde sich alsdann herausstellen, ob die Sozialdemokratie in Deutschland trotz aller Verfolgungen noch wie Ein Mann dastehe. Was hätten wohl die Sozialdemokraten durch das Gelingen eines Attentates erreicht? „Der König ist todt, es lebe der König“, so laute ein alter Wahrspruch in Frankreich, und so wäre es wohl sicherlich auch hier gewesen. Die Sozialdemokraten verabscheuen überhaupt jeden Mord. (Bravo.) Der Kampfplatz der Sozialdemokraten sei die Wahlurne. Am Abend des 30. Juli werden die herrschenden Klassen zittern vor der imposanten Macht der Arbeiterbataillone. (Stürmischer Beifall.) — Nachdem auf Vorschlag des Vorsitzenden, Herrn König, beschloffen worden: von einer Diskussion Abstand zu nehmen, meldete sich ein Gutmachergehilfe Zimmermann zum Worte und äußerte ungefähr Folgendes: Meine Herren! Ich bin erst heute Mitglied geworden, aber nur aus dem Grunde, weil ich annehme, daß wir am Schlusse der Versammlung auf Se. Majestät den Kaiser ein Hoch ausbringen. (Lautes Murren.) — Redakteur Auer: Er müsse seine Genossen und Freunde dringend ersuchen, sich nicht durch Agenten hinreißeln zu lassen, sondern in ruhiger und friedlicher Weise Zweck und Ziel der Sozialdemokratie zu verfolgen. Die Sozialdemokratie befinde sich jetzt in einer noch nie dagewesenen Krisis. Schlangen umzängeln sie von allen Seiten. Wenn den Arbeitern auch hier ein Stoch zwischen die Fäße geworfen werde, so hätte man sich, zu straucheln. Gebrauche man Vorsicht und Umsicht und ertheile man auf alle Provokationen Antwort am 30. Juli. (Stürmischer Beifall.) — Vorsitzender: Die Versammlung ist geschlossen. — Aus der Mitte der Versammlung: „Die Sozialdemokratie soll leben hoch!“ Die Versammelten stimmten dreimal begeistert in dieses Hoch ein.“

— 15. Juni. Am vergangenen Freitag Abend hatten die Sozialdemokraten nach Vogel's Lokal (Alexanderstraße 31) eine Wahlversammlung ausgeschrieben, in der der bisherige Reichstagsabgeordnete Redakteur Auer über die bevorstehenden Wahlen sprechen und ein sozialdemokratisches Wahlcomité für Berlin gewählt werden sollte. Das verhältnismäßig kleine Lokal vermochte jedoch all die Erschienenen bei weitem nicht zu fassen, auf welchen Umstand der die Versammlung beaufsichtigende Polizeioffizier den Vorsitzenden König gleich nach Eröffnung aufmerksam machte. „Ich werde eine Pause von fünf Minuten eintreten lassen und fordere einen Theil der Anwesenden auf, aus dem Lokale zu treten, da sonst der amwesende Vertreter der Obrigkeit das Tögen der Versammlung aus sanitären Gründen verbieten dürfte“, rief Herr König. Während hierauf ein Theil der Anwesenden etwas zögernd aus dem Lokale trat, erklärte der erwähnte Polizeioffizier die Versammlung für aufgelöst. In größter Ruhe, wenn auch mit einigen lauten Kundgebungen des Unwillens, verließen hierauf alle Anwesenden sogleich das Lokal. Ein großer Theil der Sozialdemokraten bevölkerte alsdann den an das Versammlungslokal stoßenden Biergarten, um hier im Zwiegespräche dem gepöbelten Herzen ob der zu Wasser gewordenen Versammlung Luft zu machen.“

? Berlin, 18. Juni. Unsere vielberühmte Polizei befindet sich jetzt in ihrem Element und arbeitet, als ob sie im Afford beschäftigt wäre; täglich 4—5 Majestätsbeleidiger auf die Denunziation irgend eines Nordpatrioten oder Spitzels hin, werden eingestekt. Die letztere Kategorie von „Ehrenmännern“ macht sich jetzt hier überhaupt so breit, daß man kaum noch seines Lebens sicher ist — wo man hinpukt: eine weiße Hofse. Die Frechheit und Unverschämtheit derselben übersteigt täglich mehr und mehr die Grenze des Denkbaren. Aber nicht allein von diesen „Ehrenmännern“ wird jede schuldige Anstandsbrüchigkeit außer Auge gelassen. So wurden auch hier vor mehreren Tagen einige Mitglieder — jüngere Leute eines kleinen sozialistisch angehauchten Clubchens von einem Polizeicommissar, vor dem sie eine Vernehmung hatten, mit allerlei kaum nennbaren „Schmeicheleien“ regalt, ebenso äußerte derselbe Commissar einem älteren Genossen gegenüber, der vor längerer Zeit Mitglied jenes Clubchens war: wie können Sie älterer Herr mit solchen „hummen Jungen“ verkehren! Nicht wahr, recht nett, trotz der wiederholten Aufforderungen des Polizeipräsidiums an die Beamten, dem Publikum gegenüber jederzeit anständig zu sein! Wir sind fest davon überzeugt, daß dieser Herr Commissar bedeutende Studien in Russland gemacht hat, daher empfehlen wir ihm, nach diesem freundschaftlichen Lande zurückzukehren und dort seine Liebenswürdigkeiten an den Mann zu bringen. Noch befinden wir uns nicht in einer russischen Provinz, auch sind wir Sozialisten noch nicht für vogelfrei erklärt, darum bitten wir uns eine anständige Behandlung aus! — Daß wir aber nahe daran sind, für vogelfrei erklärt zu werden, das geht aus der mit jedem Tage mehr und mehr zunehmenden Polizeigewalt hervor. Folgender, geradezu unerhörter Fall, der keinesgleichen wohl nur noch in der Demagogenhölle der 30er Jahre findet, legt davon Zeugnis ab: Am 14. ds. fanden die Genossen Radow und Schapira vor den Schranken der 8. Deputation unter der Anklage der Richterbeleidigung (Stadgerichtsdirektor Reich) und Verletzung des § 131 begangen in einigen, den Tod des früheren Redakteurs der „Berliner Freien Presse“ besprechenden Artikeln. In dieser Verhandlung ging auch unsere Genossin Frau Adam und verweilte in derselben bis zum Schluß des Plaidoyers. Als sie dann den Gerichtssaal verlassen wollte, stellte sich ihr an der Thüre ein Criminalbeamter entgegen, präsentirte ihr seine Marke und forderte sie auf, ihm nach dem Marktplatz zu folgen. Man sollte nun doch meinen, daß wenn eine Frau, die verheirathet und ein Kind besitzt, deren Wohnung der Polizei also ganz genau bekannt ist, so zu sagen auf öffentlicher Strafe verhaftet wird, ein Criminalverbrechen begangen sein müsse. Aber worin bestand hier das Criminalverbrechen unserer Genossin? Man höre und staune! Vor einen Criminal-Commissar geführt, erklärt ihr dieser: „Sie sind sehr verdächtig! Sie verkehren mit den Führern der Sozialdemokratie, zahlen Gelder für gefangene Sozialisten ein, sind die einzige Frau, die noch Versammlungen besucht und waren auch heute wieder die einzige Frau, die in der Gerichtsverhandlung war!“ Nachdem noch gefragt, wo sie das für die gefangenen Sozialisten eingezahlte Geld her habe und der Herr Commissar einige Bemerkungen gemacht hatte, die wir übergehen wollen, war das Verhör zu Ende. Doch damit war die verheirathete Frau nicht etwa entlassen, nein, man fragte erst per Telegraph bei der Reichspolizei an, ob ihre Personalangaben richtig. Dadurch war

